

Stand: 31.01.2026 11:57:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4287

"Energiespeicher-Strategie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4287 vom 05.12.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5673 des WI vom 06.02.2025
3. Beschluss des Plenums 19/5844 vom 19.03.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.03.2025



Antrag

der Abgeordneten **Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Daniel Artmann, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Energiespeicher-Strategie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- a) sich auf Bundesebene für eine Überarbeitung der im Dezember 2023 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz vorgestellten Stromspeicher-Strategie einzusetzen und dabei insbesondere auf die schnelle Umsetzung der nachfolgenden Maßnahmen hinzuwirken:
 - Prüfung, inwieweit der Aufbau eines Kapazitätsmarkts für Langzeitspeicher als Ergänzung zum Kapazitätsmarkt für Kraftwerke mit einer technologieoffenen Ausschreibung von Speicherkapazitäten zu einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung beitragen kann
 - stärkere Nutzung von Biomasse und Holz als Langzeitenergiespeicher durch Anpassung der Rahmenbedingungen, Vergütungsstruktur, Erhöhung der Flexibilitätsprämien und Förderung von Biogasspeichern
 - Vereinheitlichung der Speicherdefinition, unter Berücksichtigung der Systemdienlichkeit, Netzdienlichkeit und Vielfältigkeit von Speichern (Technologieoffenheit) durch die Änderung der einschlägigen energierechtlichen Gesetze hinsichtlich der Definition von Energiespeichern entsprechend der EU-Binnenmarktverordnung
 - Entfall der Befristung der Netzentgeltbefreiung für Speicher und Prüfung, inwieweit die EEG-Innovationsausschreibungen ausreichend Anreize für die Errichtung netzvorgelagerter Speicher bieten
 - Weiterentwicklung von dynamischen Stromtarifen als Anreiz für den Ausbau und die netzdienliche Nutzung der Speicherkapazitäten von Haushalten und Unternehmen unter Berücksichtigung potenzieller Netzengpässe im lokalen Verteilnetz (v. a. Niederspannung) und der Beschleunigung der Digitalisierung der Infrastruktur

- b) auf bayerischer Ebene die Aktivitäten zur Förderung der Energiespeicher weiter voranzutreiben und dem Landtag über die bayerische Speicherstrategie zu berichten, insbesondere zu folgenden Themen:
- Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Bau von Speichern, insbesondere an netzdienlichen Standorten
 - vereinfachte umwelt-, gewässer- und artenschutzrechtliche Prüfung bei Maßnahmen zur Leistungssteigerung eines Pumpspeicherkraftwerks, bei denen keine zusätzlichen negativen Auswirkungen auf Gewässer und Umwelt zu erwarten sind
 - Unterstützung der Eigentümer und Betreiber bei der Wiederherstellung des Pumpspeichers Happurg, beim Bau des Pumpspeichers Riedl sowie Prüfung der Ausbaumöglichkeiten am Staffelsee, Kochelsee, Walchensee sowie an bestehenden Querbauwerken
 - Verzahnung der Energiespeicher-Strategie mit der Wasserstoffstrategie 2.0, um Synergiepotenziale insbesondere im Bereich der Langzeitspeicherung zu heben

Begründung:

Bayern ist Spitzenreiter bei der installierten Leistung aus erneuerbaren Energien. Strom und Wärme werden aber auch dann gebraucht, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Wir brauchen deshalb deutschlandweit viel mehr technologieoffene Speicherkapazitäten, um einerseits einen Beitrag zur Deckung des Strom- und Wärmebedarfs zu leisten und anderseits die Abregelung von Wind- und PV-Anlagen (PV = Photovoltaik) bei Überproduktion abzumildern.

Bisher sind in Bayern sieben Pumpspeicherkraftwerke mit einer Kapazität von insgesamt 4,5 GWh in Betrieb. 16 Großbatteriespeicher wurden 2023 in Betrieb genommen, 53 weitere waren Ende 2023 in der Planung. Künftig können neben Batterien und Pumpspeichern auch viele andere Technologien mit unterschiedlicher Speicherdauer und -kapazität als Kurz- und Langzeitspeicher zum Einsatz kommen, sowohl für Strom als auch für Wärme. So können zum Beispiel für die Langzeitspeicherung insbesondere Hochtemperaturwärmespeicher und Power2X-Verfahren wichtige Bausteine sein.

Es muss eine ökonomisch tragfähige Integration von Speichern in den Strommarkt durch technologieoffene, regulatorische Maßnahmen ermöglicht werden. Des Weiteren sollte das Beitragspotenzial von für das Energiesystem maßgeblichen Batterie- und Pumpspeichern zur Versorgungssicherheit, Systemstabilität und Kostenminimierung gehoben werden.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat im Dezember 2023 eine Stromspeicher-Strategie vorgestellt. Diese Strategie ist allerdings bisher hinsichtlich des zukünftigen Marktdesigns oder der Nutzung von Pumpspeichern deutlich zu unkonkret, vernachlässigt das wichtige Thema Wärmespeicher, lässt die Einsatzmöglichkeiten von Biomasse sowie die Bereiche Wasserstoff und Power2X-Verfahren völlig außen vor und bietet damit insgesamt keinen geeigneten Ansatz, um beim Ausbau der Speicher schnell und effizient voranzukommen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Daniel Artmann u.a.
CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/4287**

Energiespeicher-Strategie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Steffen Vogel**
Mitberichterstatter: **Florian Köhler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 6. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Daniel Artmann, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/4287, 19/5673

Energiespeicher-Strategie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- a) sich auf Bundesebene für eine Überarbeitung der im Dezember 2023 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz vorgestellten Stromspeicher-Strategie einzusetzen und dabei insbesondere auf die schnelle Umsetzung der nachfolgenden Maßnahmen hinzuwirken:
 - Prüfung, inwieweit der Aufbau eines Kapazitätsmarkts für Langzeitspeicher als Ergänzung zum Kapazitätsmarkt für Kraftwerke mit einer technologieoffenen Ausschreibung von Speicherkapazitäten zu einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung beitragen kann
 - stärkere Nutzung von Biomasse und Holz als Langzeitenergiespeicher durch Anpassung der Rahmenbedingungen, Vergütungsstruktur, Erhöhung der Flexibilitätsprämien und Förderung von Biogasspeichern
 - Vereinheitlichung der Speicherdefinition, unter Berücksichtigung der Systemdienlichkeit, Netzdienlichkeit und Vielfältigkeit von Speichern (Technologieoffenheit) durch die Änderung der einschlägigen energierechtlichen Gesetze hinsichtlich der Definition von Energiespeichern entsprechend der EU-Binnenmarktverordnung
 - Entfall der Befristung der Netzentgeltbefreiung für Speicher und Prüfung, inwie weit die EEG-Innovationsausschreibungen ausreichend Anreize für die Errichtung netzvorgelagerter Speicher bieten
 - Weiterentwicklung von dynamischen Stromtarifen als Anreiz für den Ausbau und die netzdienliche Nutzung der Speicherkapazitäten von Haushalten und Unternehmen unter Berücksichtigung potenzieller Netzengpässe im lokalen

Verteilnetz (v. a. Niederspannung) und der Beschleunigung der Digitalisierung der Infrastruktur

- b) auf bayerischer Ebene die Aktivitäten zur Förderung der Energiespeicher weiter voranzutreiben und dem Landtag über die bayerische Speicherstrategie zu berichten, insbesondere zu folgenden Themen:
- Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Bau von Speichern, insbesondere an netzdienlichen Standorten
 - vereinfachte umwelt-, gewässer- und artenschutzrechtliche Prüfung bei Maßnahmen zur Leistungssteigerung eines Pumpspeicherkraftwerks, bei denen keine zusätzlichen negativen Auswirkungen auf Gewässer und Umwelt zu erwarten sind
 - Unterstützung der Eigentümer und Betreiber bei der Wiederherstellung des Pumpspeichers Happurg, beim Bau des Pumpspeichers Riedl sowie Prüfung der Ausbaumöglichkeiten am Staffelsee, Kochelsee, Walchensee sowie an bestehenden Querbauwerken
 - Verzahnung der Energiespeicher-Strategie mit der Wasserstoffstrategie 2.0, um Synergiepotenziale insbesondere im Bereich der Langzeitspeicherung zu heben

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das ganze Hohe Haus zu sein. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl einer Vizepräsidentin und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD sowie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen; Umsetzung des Europäischen Forschungsraums (EFR) – Stärkung von Forschung und Innovation in Europa:
Der Weg des EFR und künftige Ausrichtungen
(COM)2024 490 final
BR-Drs.: 583/24
Drs. 19/4683, 19/5826

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/5826 veröffentlichte Stellungnahme ab.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



Verfassungsstreitigkeiten

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 8. Januar 2025 (1 BvR 2525/24 / 1 BvR 2524/24) betreffend Verfassungsbeschwerden gegen das Unterlassen der Länder, die aktuelle Beitragsempfehlung der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) umzusetzen, insbesondere den monatlichen Rundfunkbeitrag vom 1. Januar 2025 um 0,58 Euro auf 18,94 Euro zu erhöhen
PII-3001-5-65
Drs. 19/5767 (E)

Über die Verfassungsstreitigkeit wird gesondert beraten.

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. Januar 2025 (Vf. 13-VII-24) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 2119 der Landeshauptstadt München vom 20. Dezember 2024
PII-3001-5-65
Drs. 19/5763 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 7-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 19 „Friedhofserweiterung Ilmmünster“ vom ? (beschlossen am 27. Oktober 2009) der Gemeinde Ilmmünster
PII-3001-2-17
Drs. 19/5764 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Historisches Erbe anerkennen, Verantwortung übernehmen – Förderung für den Erinnerungsort Halle 116 durch den Freistaat Bayern
Drs. 19/3521, 19/5668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Katastrophenschutz zukunftsorientiert aufstellen – Mehr dringend benötigtes Personal an den Regierungen schaffen!
Drs. 19/4092, 19/5670 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christiane Feichtmeier, Martina Fehlner u.a. SPD
Berichtsantrag: Rechtskonforme Umsetzung der Bezahlkarte in Bayern
Drs. 19/4269, 19/4822 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stromnetze entlasten – Intelligente Stromspeicher fördern
Drs. 19/4274, 19/5672 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer,
Martin Wagle, Daniel Artmann u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Energiespeicher-Strategie für eine sichere und
bezahlbare Energieversorgung
Drs. 19/4287, 19/5673 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	----------------------------

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl ist kein Asylgrund – Rechtsstaatlichkeit wahren
und geltendes Recht konsequent durchsetzen
Drs. 19/4607, 19/5674 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A
----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Ausdünnen der Ökoregelungen zulasten der Agrarökologie –
Förderung von Agroforst weiterhin anbieten
Drs. 19/4672, 19/5667 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z
----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Ausdünnen der Ökoregelungen zulasten der Planungssicherheit – Kompromisse respektieren und beschlossene Förderung der Weidehaltung von Milchkühen ab 2026 umsetzen
Drs. 19/4673, 19/5669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Schulden des Freistaates bei den Kommunen begleichen – Beendigung des staatlichen Auszahlungsrückstaus an die Kommunen
Drs. 19/4681, 19/5671 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
„Cancel Culture“ im Deutschen Museum verurteilen!
Drs. 19/4708, 19/5675 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------